



16. November 2018

Staat neu denken

EKM Jahrestagung vom 8. November 2018

Walter Leimgruber

Wir erleben momentan überall in der westlichen Welt Entwicklungen, die vor wenigen Jahren noch kaum möglich erschienen. Es kommen Regierungen an die Macht und werden Parteien gewählt, die grundlegende Prinzipien dessen, was die demokratische Welt ausmacht, ganz oder teilweise missachten: Menschenrechte werden plötzlich verhandelbar oder vernachlässigbar, Verhöhnung und Ausgrenzung von spezifischen Gruppen durch Staatsehefs und Regierungsmitglieder Alltag, Geschichtsbilder der angeblichen Über- und Unterlegenheit bestimmter Lebensweisen wieder salonfähig, die Gewaltentrennung wird häufig missachtet.

Die liberal-demokratische Gesellschaft, wie sie sich in der Nachkriegszeit entwickelt hat, steckt in einer Krise. Der Hauptgrund dafür ist das, was wir Globalisierung nennen, die grenzenlose Ausweitung der Mobilität von Gütern, Wissen, Medien, Geld und Menschen. Festgemacht wird der Unmut aber primär an letzteren. Denn die Menschen sieht man, der Rest wirkt eher abstrakt, äusserst komplex, manchmal unsichtbar, häufig unverständlich.

Die primitive Idee zur angeblichen Rettung lautet deshalb: Halten wir die Menschen draussen, dann kommt alles wieder gut. Es ist erstaunlich, wie leicht dieses Denken verfängt, das im Laufe der Geschichte noch nie funktioniert hat – weder beim römischen Limes, noch bei der

Staat neu denken

Chinesischen Mauer noch bei der Abschottung der Nationalstaaten im Europa des 20. Jahrhunderts.

Was heisst dies für das Thema «Staat neu denken»? Es heisst, dass es nicht einfach darum gehen kann, wie wir das an und für sich stabile und bewährte System des liberal-demokratischen Staates für die Herausforderung der Migration fit machen, sondern wie wir dieses Staatswesen *grundsätzlich* so gestalten, dass die Werte, die uns zentral erscheinen – Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte – dass diese Werte überhaupt gewährleistet bleiben.

Es geht also weniger um die Frage, warum und wie wir den lieben Migrantinnen und Migranten netterweise mehr Rechte und Partizipation gewähren können oder sollen, als vielmehr um die Frage, welche Zukunft die Demokratie und die politischen, aber auch alle anderen Rechte im Zeitalter der Globalisierung haben, im Zeitalter der grenzenlosen Manipulation mit Hilfe sozialer Medien, der Selbstverblödung demokratischer Regierungen und Parlamente, in einer Zeit, in der Populisten und Rassisten Billigst-Rezepte aus der Mottenkiste der Geschichte holen, die immer zu Katastrophen geführt haben.

Politische Partizipation in Zeiten der Migration muss sich lösen von den Regeln, die grossen Teilen der Bevölkerung die Mitsprache vorenthalten, weil sie mobil sind. Lokale und regionale Formen der Partizipation sind dabei ebenso wichtig wie nationale. Besonders wichtig werden in Zukunft aber supranationale Formen sein. Wir erleben, wie Konzerne weltweit agieren, Informationen zusammentragen (die wir blöd genug sind, ihnen freiwillig zu liefern) und wie sie daraus eine gigantische Macht entwickeln, welche diejenige von manchen Nationalstaaten längst in den Schatten stellt. Wir erleben, dass Nationalstaaten fernab ihres Territoriums auf ihre Bürger zugreifen (um sie im schlimmsten Fall zu entführen oder zu ermorden, wie aktuelle Beispiele zeigen). Und wir erleben, wie Staaten, die sich selbst als demokratisch bezeichnen, immer stärker von Kräften dominiert werden, deren Hauptziel erklärermassen der illiberale Staat ist, der weder die bürgerlichen noch die politischen noch die sozialen Rechte achtet.

Was heute überall in der westlichen Welt spürbar ist, ist ein Gefühl der Zerrissenheit der Gesellschaft einerseits, der Individuen andererseits. Dieses Gefühl kennen ausgerechnet die Migrantinnen und Migranten bestens. Aus der Auseinandersetzung zwischen alter Heimat und neuem Lebensmittelpunkt ergibt sich für sie oft eine Konstellation der Zerrissenheit zwischen den Normen, Wertvorstellungen und kulturellen Erwartungen von «hier» und von «dort».

Als die Migration der Nachkriegszeit begann, trafen solche Zerrissenheiten auf eine Gesellschaft, die noch überaus stabil und verortet wirkte und die auf solide Normen gegründet schien. Das hat sich in der jüngsten Vergangenheit grundlegend verändert. In diesem Sinne haben

Staat neu denken

die letzten Jahrzehnte zu einer Art Migrantisierung der gesamten Gesellschaft geführt. Durch die gesellschaftlichen Entgrenzungsprozesse scheinen die Empfindungen der Heimatlosigkeit, der fehlenden Orientierung und Zugehörigkeit allgegenwärtig zu werden. Die Menschen leiden unter der Auflösung einst als stabil geltender sozialer, kultureller und ökonomischer Grenzen. Die Gesellschaft erscheint nicht mehr als geordnet, solide und kompakt. Sie zerfällt immer stärker in Gruppen, die nichts miteinander zu tun haben oder sich gar spinnefeind bis hin zur Gewalt gegen Andersdenkende gegenüberstehen. In dieser Situation erstarken diejenigen, die sich auf alte Grösse und alte Werte berufen und eine stärkere Kohäsion fordern, allerdings eine Kohäsion der Ausgrenzung. Ich nenne dies eine regressive Kohäsion und meine damit die gesellschaftliche Suche nach Lösungen, die einen Ausschluss aller fordern, die angeblich nicht schon immer dazugehört haben.

Gesellschaftliche und ökonomische Umwälzungen sind immer mit grosser Unsicherheit verbunden und rufen immer Gegenreaktionen hervor. Erfolgversprechend können solche Prozesse deshalb nur sein, wenn sie die Menschen nicht nur verunsichern, sondern ihnen auch eine Perspektive der Entwicklung, des Erfolgs, des Fortschritts bieten. Nur dann kann ein Kohäsionsprozess entstehen, der nicht regressiv und repressiv ist, sondern progressiv, indem er versucht, neue Entwicklungen ebensowenig auszuschliessen wie spezifische Gruppen, die für diese Entwicklungen stehen.

Europa scheint sehr widerwillig zu sein, diese Herausforderung anzunehmen. Bewahren, schreien all die Populisten, Grenzen schliessen, nichts verändern, es so belassen wie es angeblich war (allerdings eine imaginäre Vergangenheit, die es in dieser Form nie wirklich gegeben hat). Bewahren, schreien die Fundamentalisten religiöser, politischer oder identitärer Art, und beschwören eine ebenso imaginäre Welt der angeblich reinen Zugehörigkeit, wo es keinen Platz für Abweichungen, eigenes Denken und Gewissensfreiheit gibt. Und bewahren, schreien leider auch alle grossen Parteien, deren ideologische Verankerung in der Frühphase der Industriegesellschaft zu finden ist – egal ob liberal, konservativ oder sozial ausgerichtet. In vielen Bereichen der gesellschaftlichen Entwicklung macht dieses konservativ-liberal-sozial, dieses Rechts-Mitte-Links-Schema aber kaum mehr Sinn. Immer mehr Menschen ödet diese Form der Auseinandersetzung auf der Basis dieser Ideologien denn auch an. Sie stehen dann aber vor der Alternative, individuell ihren Weg zu suchen bei gleichzeitiger Sorge um Arbeitsplatz, um Rentenversorgung, um Sicherheit und um die Umwelt. Oder sie haben die Möglichkeit, gemeinsam neue Lösungen zu entwickeln, die sich nicht an gängigen Schablonen orientieren, sondern versuchen, Gesellschaft neu zu denken. Die Migration ist hier zwar eingebettet. Aber es geht um die Kohäsion der gesamten Gesellschaft. Um diese Kohäsion zu erreichen, gilt es die Partizipation möglichst aller zu fördern, die Citoyenneté fördern.

Staat neu denken

Doch um das bestehende Macht-Ungleichgewicht wirklich beheben oder zumindest verkleinern zu können, sind auch radikalere Schritte der Demokratisierung zu denken, nämlich die Ausweitung demokratischer Entscheide über einzelne Staaten hinaus, also die gemeinsame demokratische Einflussnahme von Menschen, die in mehreren Staaten leben. In einer Welt, in der immer mehr Menschen in zwei oder mehr Staaten Teile ihres Lebens verbringen, reicht der Nationalstaat als Aktionsradius der Demokratie nicht mehr.

Das Versprechen dieses Nationalstaats ist die exklusive Deckungsgleichheit von Gesellschaft, Politik und Territorium, also von sozialem, politischem und geografischem Raum. Nun haben wir es spätestens seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs mit einer zunehmenden Anzahl grenzüberschreitender wirtschaftlicher, sozialer und politischer Prozesse zu tun und damit mit einer Trennung des sozialen Raums vom geografischen Raum. Sozialräume und geografische Räume stimmen immer weniger überein. Die geografischen Räume rücken durch Technik und Kommunikation näher zusammen; gleichzeitig werden die sozialen Räume einerseits komplexer, stapeln sich quasi auf; das heisst, es finden sich auf engstem Raum unterschiedlichste Lebensformen und soziale Netzwerke. Andererseits weiten sich die sozialen Räume auch aus, bilden geografisch nicht mehr verbundene Einheiten. Räumlich weit auseinanderlebende Communities stellen dank moderner Technik einen gemeinsamen sozialen Raum her. Wenn soziale Interaktionen aber losgelöst vom geografischen Raum stattfinden können, ist örtliches Zusammensein keine zwingende Bedingung mehr für gemeinsame politische Rechte. Es wäre also zu überlegen, wie staatsbürgerliche und partizipative Modelle jenseits des ausschliesslich flächenräumlich gedachten Staates funktionieren könnten.

Staatsbürgerschaft könnte beispielsweise von einem räumlich definierten zu einem Netzwerk-begriff werden. Die Idee der territorialen Zugehörigkeit ist ohnehin eine relativ neue. Bevor die territorialen Grenzen ihre heutige Bedeutung erlangten, gehörten die Menschen in der Regel zu einer bestimmten Gruppe, die durch eine gemeinsame Autorität geführt wurde. Diese Autorität – ein König, ein Fürst, ein Bischof etwa – war verantwortlich für den Schutz der von ihr Abhängigen, so wie es heute der Staat ist; die Menschen schuldeten ihr umgekehrt Steuern und Dienste. Sie lebten meist nicht auf einem gemeinsamen Territorium, sondern wild durcheinander und waren bisweilen verschiedenen Herren ganz unterschiedliche Dinge schuldig. Ähnlich komplex könnte sich das Zusammenspiel von Staaten und Bürgern auch in Zukunft wieder gestalten, – wenn natürlich auch nicht mit einer Abhängigkeit von einzelnen Personen und nicht als angeborene Rechte und Pflichten, sondern in Form der Zugehörigkeit zu demokratisch legitimierten Institutionen.

In einem weiteren Schritt wären demokratische Entscheidungsprozesse über die staatliche Ebene hinaus in Gang zu setzen. Die EU hat mit ihrer Europäischen Bürgerinitiative, die im

Staat neu denken

schweizerischen Sprachgebrauch eher einer Petition entspricht, ein solches Instrument etabliert, das aber nicht wirklich als Instrument demokratischer Mitbestimmung funktioniert. Eine reale staatsübergreifende Mitbestimmung muss erst entwickelt werden.

Eine Ausweitung der demokratischen Partizipation über den einzelnen Staat und über rein territorial funktionierende Einheiten hinaus könnte ein dringend benötigtes Gegengewicht schaffen, um das Ungleichgewicht zwischen faktischer Globalisierung aller Lebensbereiche einerseits und staatlicher Begrenzung der demokratischen Entscheidungsmechanismen andererseits zu korrigieren und demokratisch kontrollierten Gremien wieder mehr Macht einzuräumen.

Vielleicht erscheint Ihnen angesichts einer gesellschaftlichen Realität, in der alle vom „Zurück“ schwärmen, vieles utopisch, was ich hier skizziere. Doch genau dies ist das Problem. Es fehlt – auf allen Ebenen und in allen politischen Lagern – an der Fähigkeit, eine demokratische Vision für das Zeitalter der Globalisierung zu entwickeln. Alle halten sie an ihren Dogmen und Ideologien fest, seien es liberale, die im Gewand des Neoliberalismus die grenzenlose Macht der Wirtschaft propagieren, seien es konservative, die immer häufiger zu reaktionären «America first»- und «make Britain great again»-Schreiern mutieren, seien es soziale, die an sozialstaatlichen Modellen aus der Zeit der industriellen Massenproduktion festhalten, die in einer grundlegend anders funktionierenden, globalisierten Arbeitswelt neu gedacht werden müssten.

Sie werden vielleicht auch lächeln über meine Aufforderung, visionär zu sein in einer Zeit, in der man gerne Politiker wie den ehemaligen deutschen Bundeskanzler Helmut Schmidt zitiert, der gesagt hat: «Wenn Sie Visionen haben, dann gehen Sie zum Arzt.»

Die Gesellschaft, für die wir eintreten, die Gesellschaft auf der Basis von bürgerlichen und politischen Rechten und demokratisch-rechtstaatlichen Strukturen ist aber entstanden auf der Basis von solchen Visionen, aus dem Denken von Spinnern und Utopisten des 18. Jahrhunderts, Aufklärer genannt, die doch tatsächlich alle Menschen für gleich gehalten haben, in einer Zeit, in der die grosse Mehrheit Standesunterschiede als gottgegeben betrachtet hat, die doch tatsächlich allen Menschen Rechte geben wollten, in einer Zeit, in der praktisch niemand verbriefte Rechte hatte. Ohne diese Spinner, Utopisten, Phantasten und Träumer von damals wäre die Welt, in der wir heute leben, nicht denkbar, sie wäre nie geschaffen worden. Und es mag erstaunen, dass ausgerechnet in der Schweiz, die ja nicht gerade für ihre Visionen berühmt ist, Mitte des 19. Jahrhunderts viele dieser Ideen umgesetzt wurden in einem Umfeld, in dem alle anderen Staaten sie noch immer belächelt oder bekämpft haben.

Staat neu denken

Warum sollte Demokratie, einst aus der antiken Polis, der Stadt geboren und dann lange Zeit auf die Ebene des Nationalstaates beschränkt, im Rahmen der Globalisierung nicht in der Lage sein, sich auf neuen, überstaatlichen, transstaatlichen Ebenen zu verankern? Wäre der Schritt so viel mutiger als die demokratischen Entwicklungen des 19. Jahrhunderts in einem Umfeld, das noch völlig undemokratisch funktionierte?

Jetzt, am Übergang vom industriellen zum globalen und digitalen Zeitalter, braucht es wie damals am Übergang vom agrarischen zum industriellen Zeitalter Visionäre, die Ideen entwickeln, wie Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte auch in einer Welt der Globalisierung überleben können.

Und dafür braucht es das Engagement möglichst vieler Menschen. Weil wir aber das Partizipations-Narrativ des globalen Zeitalters noch nicht gefunden haben, verharren wir im Zustand der Abwehr und der Regression und fokussieren auf Migranten als Sinnbild des Wandels – ohne die grundlegende Aufgabe wirklich anzupacken: nämlich die Entwicklung einer *allgemeinen* Vision, wie denn Partizipation, Demokratie und Zugehörigkeit im 21. Jahrhundert aussehen könnten. Damit wollen wir uns heute beschäftigen. Ich danke Ihnen.